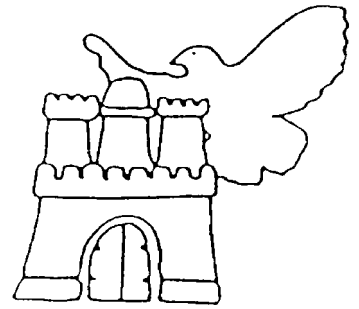


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 07/14

www.hamburgerforum.org



7. Dezember 2014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

eigentlich möchte man zu Weihnachten euch alles gute und besinnliche Feiertage wünschen, aber angesichts zahlreicher Kriege und der verstärkten internationalen Konfrontation, die dieses Jahr brachte, bleiben einem die guten Wünsche beinahe im Halse stecken. Wenn ihr diesen Rundbrief in den Händen haltet, liegt die letzte große Aktion dieses Jahres, unsere Hamburger regionale Demonstration im Rahmen des Friedenswinters am 13. Dezember schon hinter uns. Noch aber haben wir mit ihrer Vorbereitung alle Hände voll zu tun.

Dabei mussten wir uns auch mit einer Medienkampagne gegen die Friedensbewegung auseinandersetzen, in der uns vorgeworfen wird, wir würden uns nach rechts öffnen. Hierzu haben wir bereits im letzten Rundbrief mit der Erklärung „In eigener Sache“ Stellung genommen. Ich kann euch versichern: Von einer Öffnung des Forums nach rechts kann keine Rede sein. In dem Aufruf zur Demonstration am 13. Dezember heißt es: „Den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität gilt unser aktives Handeln. Rassismus und Faschismus lehnen wir entschieden ab.“ Der Aufruf des Friedenswinters, mit dem wir hier in Hamburg für unsere Demonstration mobilisierten (er lag dem letzten Rundbrief bei und findet sich auch auf unserer Internetseite), wurde auch von der Mahnwache Hamburg unterschrieben, mit der wir auf dieser gemeinsamen antifaschistischen und antirassistischen Grundlage in der Vorbereitung auf die Demonstration gut zusammenarbeiten.

Mit der Denunzierung jeglicher Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina oder am kapitalistischen Finanzsystem als antisemitisch soll die berechtigte und notwendige Kritik an der Kriegslogik der westlichen Staaten zum Schweigen gebracht werden. Unsere Kritik am mächtigsten Militärbündnis der Welt, der Nato, ist nicht antisemitisch oder antimierikanisch, sondern pazifistisch und antimilitaristisch. Und sie ist angesichts der weltweiten Kriege und der neuen ideologischen Fronten unverzichtbar. Da sollten wir uns als Friedensbewegung nicht spalten lassen, auch wenn es unterschiedliche Einschätzungen in Einzelfragen gibt.



Ostermarsch 2014: Peter & Dirk

Die ideologische Kampagne gegen die Friedensbewegung erinnert in ihrer Härte und Unerbittlichkeit an den ideologischen Antikommunismus der 1950er und 1960er Jahre. Wer damals in den Geruch geriet, er würde sich nicht ganz energisch von den Kommunisten distanzieren (Gründe für Kritik gab es schließlich genug), der war im öffentlichen Leben der Bundesrepublik erledigt. Für Entspannung mit dem Osten einzutreten oder die westliche Aufrüstung zu kritisieren, reichte aus, um als Kommunist und damit als Feind diffamiert zu werden. Mit diesem Argument wurde versucht, jede inhaltliche Kritik an der westlichen Hochrüstung und Konfrontationspolitik zu unterbinden. Heute zieht die Furcht vor dem Kommunismus nicht mehr, und so wird der Friedensbewegung Antisemitismus und Antiamerikanismus vorgeworfen.

Dass Aktive aus unterschiedlichen Gruppen mit uns zusammenarbeiten, heißt nicht, dass wir uns deren Positionen alle zu eigen machen. Wir freuen uns über jeden Sozialdemokraten und jede Grüne, die mit uns gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die militaristische Außenpolitik der Bundesregierung zu protestieren. Diese Zusammenarbeit schmälert nicht unsere Kritik an den für die deutschen Kriegseinsätze verantwortlichen Mitgliedern aus diesen Parteien. Aber wir kritisieren die Politik und nicht die Parteimitgliedschaft. Dieses Prinzip friedensbewegter Bündnisarbeit gilt auch gegenüber den Mahnwachen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Friedensbewegte, die seit langem mit uns zusammenarbeiten, jetzt Kritik an unseren Positionen oder Fragen zu unserer Arbeit haben, insbesondere in Bezug auf die Montagsmahnwachen. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass diese Gruppen in den verschiedenen Orten durch-

aus einen unterschiedlichen Charakter entwickelt haben, weshalb der Umgang der Friedensbewegung mit ihnen an verschiedenen Orten durchaus unterschiedlich sein kann und in der Tat auch ist. In Hamburg haben wir Beteiligte an den Montagsmahnwachen als ausdrückliche Antifaschistinnen kennengelernt, die über den in der Gesellschaft zunehmenden Rechtspopulismus sehr besorgt sind.

Wir möchten euch einladen, eure Probleme mit unserer Position – mündlich oder schriftlich – mit uns direkt zu diskutieren. Auch wenn wir nicht erwarten, dass dadurch alle Differenzen ausgeräumt werden, könnte ein respektvoller, der Friedensbewegung angemessenerer Umgang dazu beitragen, dass die Differenzen nicht noch vertieft und emotionalisiert werden. Daran sollten wir im Interesse unserer friedenspolitischen Ziele alle interessiert sein. Es ist unverzichtbar, dass wir als Friedensbewegung gegen die derzeitigen Krisen, Konflikte und Kriege und gegen die große Koalition der Befürworter einer „robusteren deutschen Außenpolitik“ auf die Straße gehen. Der Friedenswinter wird ganz überwiegend von einem großen Teil der klassischen Friedensbewegung getragen. Die Diffamierung des Friedenswinters als Montagsmahnwachenprojekt schwächt die Friedensbewegung. Dass von den Medien diese Debatte im Interesse der Politik der Bundesregierung aufgegriffen wird, ist natürlich kein Zufall. Im Anschluss dokumentieren wir eine Stellungnahme der Sozialistischen Linken innerhalb der Partei Die Linke, die auch unsere Position beschreibt, wie wir als Friedensbewegung Bündnispolitik machen.

Unser nächstes größeres Vorhaben ist der Ostermarsch 2015, der wieder am Ostermontag stattfinden wird. Das ist diesmal der 6. April. Trotz des Trubels in der Vorbereitung auf die Demonstration am 13. Dezember, haben wir schon mit der Vorbereitung begonnen.

Das vergangene Jahr hat mit der Krise und dem Bürgerkrieg in der Ukraine die weltweiten Spannungen verschärft. An vielen Orten der Welt herrscht Krieg, und vielfach ist die Bundesregierung mitverantwortlich für kriegsrische Eskalationen – durch die Entsendung von Soldaten und den Export von Waffen, aber auch durch wirtschaftliche und politische Schritte der Konfrontation und Eskalation gegenüber Staaten, die sich nicht den Interessen des Westens unterordnen. Notwendig wäre dagegen eine Politik der Entspannung und des Interessenausgleichs. Um die Gefahren aufzuzeigen, die mit dieser neuen Konfrontationspolitik verbunden sind, dokumentieren wir die Rede von Ellen Baumann am Hiroshimatag diesen Jahres. Sie beschäftigt sich mit einem wenig beachteten aber gefährlichen Aspekt des Konflikts in der Ukraine.



Demonstration zum Antikriegstag 2014

Die Friedensbewegung war in Hamburg in diesem Jahr etwas präsenter als in den Jahren zuvor. Das war dadurch möglich, dass wir in unserem Engagement nicht nachgelassen haben, dass neue Kräfte hinzukamen und ehemals Aktive sich reaktivierten. Das hat Kraft gekostet aber auch Spaß gemacht. Höhepunkte waren u. a. der Ostermarsch, die Ukraine-Demonstration am 28. Juli, der Antikriegstag, die Mediendemo am 3. Oktober und die Regionaldemo im Dezember.

Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne eure finanzielle Unterstützung durch eure Beiträge und Spenden, für die wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchten. Ein Mehr an Aktivitäten erfordert auch ein Mehr an finanziellen Mitteln, weshalb wir euch bitten, im Rahmen eurer Möglichkeiten, uns weiter zu unterstützen. Für die finanzielle Unterstützung haben wir euch einen Überweisungsträger beigelegt.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei auf unsere nächste Vorstandssitzung mit Gästen hingewiesen, auf der wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 06.01. und 20.01.2015 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten auf der ersten Seite.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen und den besten Wünschen zu den bevorstehenden freien Tagen
Markus Gunkel

„Friedenswinter“ unterstützen, für fortschrittliche Ausrichtung kämpfen!

Erklärung des BundessprecherInnenrats der Sozialistischen Linken zu den aktuellen Antikriegs-Aktionen vom 29. November 2014

Der BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken (SL) unterstützt den Friedenswinter 2014/2015 und ruft zur Teilnahme an den Aktionen auf. Das bedeutet nicht, sich mit allem gemein zu machen, was andere Aufrufende oder Beteiligte an den Aktionen in anderen Zusammenhängen äußern. Grundlage der Unterstützung sind die Aufrufe aus der Friedensbewegung, die politisch richtig und eindeutig formuliert sind.

Eine Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften kann für Linke bindend nur auf der Grundlage eines unmissverständlichen antifaschistischen Konsenses möglich sein. Alte oder neue Nazis, AntisemitInnen und RassistInnen sind und bleiben Kräfte, gegen die Linke demonstrieren, sie können niemals PartnerInnen sein. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Menschen der sog. Mahnwachenbewegung, die nicht auf rechte Tendenzen reduziert werden dürfen. Wir freuen uns über jede örtliche Mahnwache, die sich klar von rechtem Gedankengut abgrenzt und auf einen humanistischen Grundkonsens verpflichtet. Es kann nicht von allen TeilnehmerInnen an Friedensdemonstrationen erwartet werden, dass sie bekennende Linke sind. Das wäre eine anmaßende und unrealistische Anforderung, die auch Bewegungen gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Golfkriege nicht hätten erfüllen können.

Es ist abzulehnen, dass Menschen aufgrund einzelner unreflektierter Aussagen mit dem Vorwurf des Antisemitismus oder Rassismus gebrandmarkt und zu Unpersonen erklärt werden. Man muss nicht alle Auffassungen dieser Menschen teilen, um ihnen mit der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung zu begegnen und ihnen Gelegenheit zu geben, Irrtümer und Missverständnisse auszuräumen. Wir weisen auch darauf hin, dass ein exzessiver Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs diesem die Schärfe nimmt. Wer Menschen, die nur eine oberflächliche Kapitalismuskritik vertreten, mit bewussten HolocaustleugnerInnen und VernichtungsapologetInnen auf eine Stufe stellt, verharmlost letzten Endes die Schrecken der Shoah.

ForscherInnen haben herausgefunden, dass die Teilnehmenden der Mahnwachen stärker linke Einstellungen und linkes Wahlverhalten aufweisen sowie weniger rassistisch und antisemitisch eingestellt sind als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, dass es allerdings starke autoritäre Tendenzen gibt und eine große Gruppe, die



sich weder rechts noch links einordnen lassen will. Für Linke gibt es keinen Anlass für eine pauschale Distanzierung. Stattdessen ist es absolut notwendig, orientierend auf eine fortschrittliche Ausrichtung und demokratische Werte in dieser Bewegung hinzuwirken. Antidemokratischen und rechts anschlussfähigen Haltungen muss immer aktiv entgegen getreten werden.

Der „Friedenswinter“ wird in großem Maße von traditionellen Friedensorganisationen getragen. Der zentrale Aufruf ist so eindeutig in seiner antifaschistischen Ausrichtung, dass er von wirklichen Rechten nicht unterschrieben werden kann. Die Sozialistische Linke hofft, dass der Friedenswinter zu einem starken Zeichen gegen Krieg und Gewalt wird. Dieses Zeichen ist heute (leider) wieder bitter nötig.

Krieg und atomare Gefahr in der Ukraine

Rede von **Ellen Baumann** bei der Kundgebung des Hamburger Forums zum Hiroshimatag am 6. August 2014

Es wird in den Medien wenig berücksichtigt und man findet nicht so leicht Informationen dazu: Aber der Krieg in der Ukraine ist nicht nur eine Katastrophe für die dort lebenden Menschen und birgt nicht nur die Gefahr einer weiteren militärischen Auseinandersetzung in der Region: Er ist auch eine große Gefahr für uns alle, denn die Ukraine hatte im nuklearen System der früheren Sowjetunion eine besondere Bedeutung. Die Ukraine ist – das wissen wir alle – Schauplatz der Katastrophe von Tschernobyl, die sich noch weit verheerender in Weißrussland auswirkte und dort bis heute Strahlenschäden zur Folge hat, insbesondere bei Kindern. Diese Gefahren steigen noch: Die Ärztin Dörte Siedentopf von IPPNW, die Strahlenopfer in Weißrussland betreut, sagte in einem Interview mit der Tagesschau:

„Anders als bei jeder anderen Katastrophe nehmen die Folgen der radioaktiven Verstrahlung mit dem Abstand vom Ereignis zu. Das ist wie eine auf dem Kopf stehende Pyramide. ... Tschernobyl wütet in den Genen, aber auch in jeder anderen Zelle, die von Genen gesteuert wird.“ Noch für die nächsten 300 Jahre, also acht bis zehn Menschengenerationen, sei immer wieder mit der Zunahme strahlenbedingter Krankheiten zu rechnen.

Die Daten dazu werden nicht veröffentlicht. Offiziell habe es beispielsweise im Jahr 2010 in der Statistik fast keine Krebstoten mehr gegeben. „Alle nicht mehr jungen Menschen sterben offiziell an Altersschwäche. ... Dass wir nicht aufgeklärt werden über viele Dinge, liegt an einem unsäglichen Vertrag zwischen der WHO und der IAEA von 1959. Die IAEA bestimmt, was die WHO zum Thema gesundheitliche Folgen radioaktiver Strahlung untersuchen und veröffentlichen darf. Viele Konferenzen haben nicht stattgefunden und Studien russischer, weißrussischer und ukrainischer Wissenschaftler zur Frage der Niedrigstrahlung sind nicht publiziert worden.“

In der Ukraine wird derzeit etwa die Hälfte des Stroms durch AKWs generiert, dieser Anteil soll durch Ausbau und Modernisierung gesteigert werden. Die Energiepolitik der derzeitigen Machthaber in Kiew ist vom Willen gekennzeichnet, möglichst alle Beziehungen zu Russland zu kappen. Um die Abhängigkeit vom Gasimport zu verringern, will man künftig noch stärker auf Atomkraft setzen.

Die 25–30 Jahre alten ukrainischen AKWs stellen schon im Normalbetrieb ein beträchtliches Sicherheitsrisiko dar. Das ist bekannt. Mit dem Krieg und der Gefahr einer längeren Unterbrechung der Stromversorgung oder eines Flugzeugabsturzes ist das Betriebsrisiko erheblich gestiegen. Die vor dem Bankrott stehende Ukraine ist darüber hinaus für die Sicherung der Ruine in Tschernobyl verantwortlich.

Die ukrainischen AKWs sind russischer Bauart; viele besonders qualifizierte technische Experten waren bislang Russen, viele davon sind inzwischen nicht mehr im Land. Die Brennstäbe wurden aus Russland importiert. Seit 2010 wird mit Brennstäben der US-Firma Westinghouse experimentiert, die sich deutlich von russischen unterscheiden. Schon 2012 soll es einen schweren Zwischenfall gegeben haben, weil sich Westinghouse-Brennstäbe verbogen hatten. Trotz erheblicher Sicherheitsbedenken in der Ukraine wurde der Vertrag mit Westinghouse inzwischen bis 2020 verlängert.

Die Ukraine belegt weltweit etwa den achten Platz beim Abbau von Uran. Bei diesem Abbau kommt es zu erheblichen Umweltschäden und auch zu Gesundheitsschäden der beteiligten Arbeitskräfte. Der Abbau der Uranreserven soll deutlich gesteigert werden. Dazu sind erhebliche Finanzmittel notwendig, die tiefer in die finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Investoren führen. Es ist anzunehmen, dass die massive Einmischung nicht nur der EU, sondern besonders auch der USA unter anderem auch mit den Rohstoffreserven der Ukraine in Zusammenhang steht.

Dass die Regierung Merkel seinerzeit als Reaktion auf die Ereignisse von Fukushima viele AKWs in Deutschland stilllegte, war gemessen an den Reaktionen in anderen Staaten ein wichtiges Signal in die Welt, auch nach Japan! Doch dieses Verhalten, dieses Den-Kopf-in-den-Sand-stecken vor den nuklearen Problemen in der Ukraine – wider besseres Wissen – ist ein großes Verschulden und eine Katastrophe, nicht nur für die Menschen dort, denen man angeblich die Segnungen der Demokratie bringen will, sondern für ganz Osteuropa.

Wie will eine schon jetzt zahlungsunfähige ukrainische Nachkriegsregierung, die allein aufgrund des notwendigen Wiederaufbaus nach dem Krieg massive finanzielle Unterstützung aus dem Ausland brauchen wird, die Sicherung der veralteten Atomkraftwerke garantieren? Das wird enorme Kosten verursachen.

Natürlich wird der Druck in Richtung Privatisierung und Öffnung für ausländische Investoren auch in diesem Bereich stärker werden. Aber haben Investoren beispielsweise aus den USA Interesse daran, ob ukrainische Kinder Strahlenschäden ausgesetzt werden? Wo sich die Regierung der USA nicht gescheut hat, DU-Munition zu nutzen und damit die Menschen in Kriegsgebieten, beispielsweise im Irak, massiv zu gefährden – aber auch die eigenen Soldaten.



Sicher war auch der Umgang mit der Nukleartechnik in der ehemaligen Sowjetunion verantwortungslos – das darf nicht verschwiegen werden. Aber verschwiegen werden darf auch nicht, dass es der Westen war, der die atomare Aufrüstung erzwungen hat!

Der Umgang mit den nuklearen Gefahren in der Ukraine setzt genaue Kenntnisse der alten, zum Teil mehrfach „geflickten“ Einrichtungen voraus und eine verantwortungsvolle internationale Zusammenarbeit. Daher wäre eine intensive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch mit den russischen Experten die sicherste Lösung – natürlich mit dem Ziel des Abbaus all dieser Anlagen! Hier hätte die Bundesregierung ihren Kurs weiterentwickeln können, um Gefahren von ganz Europa abzuwenden.



Kai Degenhardt beim Hiroshimatag 2014

Das Gegenteil ist der Fall. Mit ihrer Unterstützung für die nicht legitimierte und verantwortungslose ukrainische Regierung, die gegen die eigene Bevölkerung Krieg führt und die inzwischen zurücktreten wollte – wie die Ratten das sinkende Schiff verlassen –, haben die USA und die EU die Gefahren, die von der veralteten Kerntechnik in der Ukraine ausgehen, deutlich erhöht. Gleichzeitig heizen sie die atomare Aufrüstung an. Russland wird geradezu gezwungen, auch selbst weiterhin und verstärkt auf atomare Abschreckung zu setzen. Ein wirklicher Abbau der atomaren Rüstung war offensichtlich vonseiten des Westens nie beabsichtigt. Jetzt wird der „Kalte Krieg“ neu aufgelegt – unter deutlich besseren Voraussetzungen für den Westen. Die Ukraine liegt an der Nahtstelle dieser Auseinandersetzung – aber auch Deutschland ist nicht weit entfernt!

Diese katastrophale Politik wird uns noch einholen. Der nächste GAU in Europa wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

(Auf unserer Website findet sich im Archiv eine komplette Version mit Quellennachweisen)